



wenigstens mit großem Wohlwollen geduldet, über die Waffenstillstandsbedingungen hinaus die Friedenskonferenz vor vollendete Tatsachen zu stellen. Gerade durch diese polnisch-nationalistischen Bestrebungen ist aber die praktische Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen äußerst erschwert worden.

**Für Tage in Schlesien.**

Wie die Schles. Ztg. meldet, wird das General-Commando des 5. Armeekorps von Breslau nach Glogau verlegt.

**Friedenskonferenz und Blockade.**

**Beginn der Friedenskonferenz: 20. Januar.**

Wie die Pariser Zeitungen berichten, wird offiziell am 20. Januar mit ihren Arbeiten begonnen. Nach vorläufiger Annahme des Grundrisses des Völkerbundes in Anwesenheit Hochs und der Bevollmächtigten der fünf Großmächte, zu denen wahrscheinlich diejenigen Belgien hinzutreten werden, wird sich der Erörterung der Friedensbedingungen für Deutschland zuwenden und die Denkschrift prüfen, welche für Frankreich das Saarbecken beansprucht und die Internationalisierung der Rheinschiffahrt mit besonderen Vorrechten für die Anwohner des Flusses vorschlägt. Von Bourgeois hat die Ansicht, auf der ersten Friedenskonferenz der Alliierten die Frage des Völkerbundes zur Sprache zu bringen. Clemenceau wird die Einsetzung einer Kommission für das Vorstudium der Frage in Vorschlag bringen.

**England gegen eine Milderung der Blockade.**

In Paris werden seit einigen Tagen von den zuständigen Stellen offizielle Besprechungen über die Frage der Blockade Deutschlands gepflogen, ohne daß man zu einem Ergebnis gekommen ist. Die amerikanischen Delegierten fordern eine möglichst schnelle Entsendung von Lebensmittel nach Mitteleuropa und erbitten in dieser Hinsicht ein wirksames Reaktionsmittel gegen den Bolschewismus im Allgemeinen. Von englischer Seite wird demgegenüber mit allem Nachdruck auf eine Verbeibehaltung der Blockade in dem bisherigen Umfange bestanden. Man hofft, daß der in den nächsten Tagen zusammentretende Internationale Vervollständigungsrat eine Lösung finden wird.

**Kleine politische Meldungen.**

**Die Frage der deutschen Kolonien.** Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der Presse der Entente wird dafür Stimmung gemacht, Deutschland seiner Kolonien zu verzaubern. Die Reichsregierung weist demgegenüber darauf hin, daß die Alliierten ebenso wie Deutschland für den künftigen Frieden die Wilsonschen Vorschläge zur Regelung der kolonialen Fragen ohne Einschränkung angenommen haben. Danach ist eine freie, weltberühmte und unbedingt unparteiliche Schlichtung aller kolonialen Ansprüche zugeführt. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkte, daß Kolonien für das deutsche Volk unentbehrlich sind. Der Friede, der Deutschland ohne Kolonien ließe, wäre nicht gerecht und würde dauernd das Gefühl der Vergewaltigung zurücklassen.

**Revolutionen in Budapest.** Wie es heißt, haben die roten Gardisten in Budapest in aller Heimlichkeit wichtige Beratungen abgehalten, über deren Ergebnis nur soviel bekannt ist, daß die Hauptverantwortlichen der Volkswirtschaft in den nächsten Tagen Großes planen. Angeblich stehen in Budapest und Umgebung 50 000 rote Gardisten bereit, um zu einem großen Schlag auszubringen, der eine Veränderung der Situation der Kommunisten herbeiführen soll.

**Internationale Sozialistenkonferenz.** Aus Stockholm erhielt die Berliner „Freiheit“ folgendes Telegramm: An alle Sozialisten! Im Auftrag des Exekutivkomitees des Sozialistischen Bureau werden die Partei- und Gewerkschaftszentralen eingeladen, Delegierte zu wählen für eine internationale Konferenz, die in Lausanne spätestens am 21. Januar zusammentritt. Branting.

**Die schlagkräftigsten Autonomisten an Wilson.** Der Vorkämpfer „National Zeitung“ wird gemeldet: Die schlagkräftigsten Autonomistenpartei richtete an den Präsidenten Wilson folgendes Telegramm: Wir bitten Euer Excellenz, uns eine Audienz beizugeben, um die Unabhängigkeit zu wählen. Wir kämpfen für unser heiliges Recht, wie Amerika im 18. Jahrhundert für seine Freiheit kämpfte. Wir sind ferner fest überzeugt, daß ein Verzicht auf die Unabhängigkeit in Deutschland die Ruhe und Ordnung in diesem unglücklichen Lande herbeiführen würde. Es schickt zur Stunde eine starke Persönlichkeit auf deutschem Boden. Möge der erleuchtete Geist Washingtons Sie leiten. Autonomistenpartei. Charles Kapp, R. C. Ken.

**Ein deutscher Protest gegen die französische Gewalttätigkeit im Elsaß** ist von der Waffenstillstandskommission an die Freunde und an die Neutralen ergangen.

**Resolution in Montenegro.** Nach einer römischen Meldung erklärt das montenegrinische Generalkonkordat in Rom. Am 4. Januar sei in Montenegro eine allgemeine Resolution ausgetreten, die mit aller Entschiedenheit für die Unabhängigkeit Montenegros eintritt und gegen die serbisch-loyalistische Gewalttätigkeit protestiert habe.

**Kunst und Wissenschaft.**

**Sozialisierung des Theaters.** Im bayerischen Nationalrat wurden als Grundlage des neuen Theatergesetzes folgende Richtlinien aufgestellt: Die Sozialisierung der Theaterbetriebe. Die Theater müssen verstaatlicht oder verstaatlicht werden. Die Konzessionserteilung ist neu zu ordnen. Das Theateragententum ist abzuschaffen. Eine Hochschule für Schauspielkunst ist zu gründen und ihr das Theatermuseum anzugliedern. Der Eintritt in den Schauspielberuf ist von einem Befähigungsnachweis abhängig zu machen. Die Schaffung von Wandtheatern als Ersatz der Schmierer, Knospehnung der Versicherungskasse auf die Künstler unter teilweiser Speisung der Unterstützungskasse aus den Einkommensabgaben, Schiedsgerichte für Theaterstreitigkeiten. Solange das Gesetz nicht kommt, muß die Regelung im Verordnungswege erfolgen.

**Von Stadt und Land.**

Am 14. Januar.

**Versammlung der Deutschen demokratischen Partei.**

Referat des Landesgerichtsrates Brodau.

Der bekannte freisinnige Politiker Landesgerichtsrat Brodau auf Chemnitz, der im sächsischen Landtage jahrzehntlang eine führende Rolle spielte und der nun als Kandidat zur Nationalversammlung aufgestellt ist, erschien gestern nachmittag in einer Versammlung der Deutschen demokratischen Partei im „Bürgergarten“, um über „Politische Zeitfragen“ zu sprechen. Der Saal war wiederum dicht gefüllt und wieder waren Frauen und Mädchen in sehr stattlicher Zahl erschienen. Nach Eröffnung der Versammlung durch Herrn Fröhlich begann Herr Brodau damit, daß er an die Geschichte des deutschen Volkes in den letzten Jahrhunderten erinnerte, die in einem ständigen Auf- und Abstieg sich bewegt habe. Die bisherigen Zeiten des größten Tiefstandes, nach dem 30jährigen Kriege und nach Jena, werden in den Schatten gestellt durch die ungeheure Katastrophe dieses unglückseligen Krieges, der nach anfänglichen glänzenden Erfolgen so große Hoffnungen zeitigte. Der Redner zeigte nun die traurige Bilanz dieses Krieges auf, die in den Opfern des Krieges, der Unterernährung, der Grippe, in der Gefährdung des Reiches nach außen, im Chaos im Innern, im wirtschaftlichen, finanziellen und moralischen Zusammenbruch u. dgl. bestehe. Wer trägt nun die Schuld am Kriege? Trägt vor allem der landläufige Wilhelm II. die Schuld? Man habe uns immer gesagt, daß wir ein Opfer des Heberfalls gewesen seien. Das sei aber nicht zutreffend. Die russische Revolution war nur eine Folge des scharfen Vorgehens Kaiser Wilhelms II. gegen Serbien wegen der Ermordung Franz Ferdinands. Ringe und voraussehende Politiker hätten die furchtbaren Folgen, die aus diesem Konflikt herauskommen mußten, vorhersehen müssen. Der Redner unterzog nun die deutsche diplomatische Strategie vor Kriegsausbruch, besonders die Haltung Bethmann-Hollwegs, einer scharfen Kritik und ermahnte gegen ihn und Kaiser Wilhelm II. die Anklage, daß sie nicht rechtzeitig genug eine scharfe Warnung vor dem Weltbrande an Österreich-Ungarn hatten ergehen lassen. Redner streifte dann die Verichte des Grafen Kerssenfeld, des bayerischen Gesandten in Berlin an seine Regierung, die bekanntlich vor kurzem veröffentlicht wurden und die Unterschätzung der militärischen Kräfte Frankreichs durch den deutschen Generalstab. Die damalige Regierung habe nur jagen können, daß sie einen Heberfall zu befürchten hätte. So sei man in den Krieg hineingekommen und er war ein Glied in der Kette jener politischen Fehler, die Wilhelm II. seit der Entlassung Bismarcks aus Mangel an fähigen Diplomaten beging. Mithin seien allerdings die Kriegsverlierer in Frankreich und England und die panlawistischen Deher. Redner warf nun die Frage auf, ob man bei uns auch alle Möglichkeiten benutzte, um aus dem Kriege wieder herauszukommen. Wenn man das Friedensangebot Wilhelms II. vom 12. Dezember 1918 dafür heranziehe, so müsse man damit seinen gleichzeitigen Kriegsbefehl vergleichen, in welchem mit dem Säbel getastet und Deutschland hochmütig als Sieger hingestellt wurde. Eine erste Friedensmöglichkeit habe Präsident Wilson 1917 geboten — wir beantworteten sie mit dem unelastischen U-Boot-Krieg. Man habe eben damals Amerikas Vermittlung bei uns nicht gewollt, weil man hoffte, England mit dem U-Boot niederzwingen zu können und es sei unglücklich, wie man Englands Widerstandsfähigkeit unterschätzte und wie man bei der geringen Zahl unserer U-Boote hoffen konnte, mit England fertig zu werden. Redner beleuchtete den unheilvollen Einfluß des Admirals v. Tirpitz auf jene Dinge und besprach dann unsere Offensive im Westen im März vorigen Jahres. Jetzt werde gesagt, wenn die Front noch ein paar Wochen gehalten, wenn die Heimat nicht die Kerben verloren hätte, dann hätte England um Frieden bitten müssen. Dies und ähnliches Andere sei Schwindel. An der Westfront sei in der letzten Phase des Kampfes die Uebermacht der Feinde an Menschen und Material immer gewaltiger geworden. Während wir schlechtere bewährte Menschen hinausgeschickten, traten uns wohlgenährte Feinde gegenüber. In der Heimat geriet man aber immer mehr in den Verfall, wenn man bedacht hätte, daß die Gloden von den Kirchen, die Klauen von den Tieren herausgenommen werden mußten, um Material zu schaffen. An unseren Truppen fehlte es sicherlich nicht, ihr Wille war der beste, aber die Verhältnisse waren stärker als sie. Redner schilberte die damaligen Verhältnisse, besonders in Bezug auf die Ernährung an der Front, das oft unangemessene Verhalten junger Offiziere gegen alte Soldaten, unliebsame Vorgänge in der Etappe u. dgl. m., was Unzufriedenheit geschaffen habe. Das alles bewies, daß man den Krieg nicht fünf Minuten zu früh, sondern einige Jahre zu spät beendigt habe. Oben aber wollte man nicht, man habe das Babanque-Spiel eines Bankrottiers gespielt. Redner ermahnte, das verhängnisvolle Nachspiel der Revolution gewesen. Immer an Lubenberffs gefährliches Treiben und meinte ein Jermak sei es, anzunehmen, daß die Revolution von Waffensstillstand herbeigeführt habe — dieser sei vier Wochen vor der Revolution von uns angeboten worden. Man brachte auch keine Revolution, um zur politischen Freiheit zu kommen. Redner bezog sich hier auf die demokratische Bewegung kurz vor Ausbruch der Revolution im Reich und in den Einzelstaaten. Wenn die Revolution darüber hinaus etwas gebracht habe, so war es die Beseitigung der 22 Bundesfürsten und der Ersten Kamern. Aber die Nachfolge der Revolution übertrug ihre Vorteile. Wir haben damit unsere Stellung gegenüber dem Feinde erschwert, so besonders durch die vorsehndende Demobilisierung, die uns wehrlos machte. Der Redner beleuchtete in Bezug darauf die schmachvollen Waffenstillstandsbedingungen mit ihren furchtbaren Einwirkungen auf unser Wirtschaftsleben und wies auf das Vordringen der Polen hin, dem wir durch die Schwäche der Regierung wehrlos gegenüberstünden. Die Revolution habe uns die A- und S-Karte gebracht — in Chemnitz nenne man sie Angst- und Sorgenkarte — die wohl vielfach im besten Einvernehmen mit den Behörden und dem Volke arbeiten, die andererseits aber auch Anlaß zu schwerer Kritik geben. Die Finanzwirtschaft sei durch die A- und S-Karte nicht besser geworden. Reichsfinanzsekretär Schiffer habe erklärt, daß seit dem Bestehen der A- und S-Karte 1 Milliarde 800 Millionen mehr ausgegeben worden seien. Zwar haben die A- und S-Karte die Gelder nicht alle in ihre Taschen gesteckt, aber sie haben doch vielfach eine Mißwirtschaft getrieben. Die Revolution habe ferner unliebsame Elemente,

wie die Spartakasse, an die Oberfläche gebracht. Aus diesen Zuständen müssen wir heraus — wir müssen sobald als möglich die Nationalversammlung bekommen. Ob die Wahlen zu dieser überall ungehindert werden stattfinden können, wisse man noch nicht. Ein Unglück wäre es aber für uns, da wir sonst weder Frieden noch Brot von unseren Feinden erhalten.

Der Redner besprach dann die fünf Listen zur Nationalversammlung und erläuterte das Wesen der einzelnen zur Wahl aufmarschierenden Parteien. Sehr scharf beleuchtete er die Volksfeindlichkeit der Deutschnationalen Volkspartei an den reaktionären Handlungen der in ihr vereinigten früheren konterpartativen Parteien, um sich dann der Mehrheitssozialdemokratie zuzuwenden, deren Erfurter Programm Redner, soweit es namentlich die Sozialisierung betrifft, einer kritischen Untersuchung unterzog. Die Sozialisierung in der dort vorgesehenen Allgemeinheit sei undurchführbar. Der Redner erläuterte das im einzelnen und folgerte, daß die Sozialisierung naturgemäß einen Rückgang der Produktion bewirken müsse. Die Sozialisierung sei nur denkbar, wenn auch andere Staaten sie einführen. Ebenso sei der Achtstundentag zu einem ungeeigneten Zeitpunkt eingeführt worden. Die Folge davon sei u. a. die Kohlennot. Die Ankündigung der Sozialdemokratie, daß die dazu weifen Betriebe nach und nach sozialisiert werden sollen, habe in die Industrie eine lähmende Unsicherheit hineingebracht.

Der Redner beschäftigte sich dann mit der Deutschen demokratischen Partei und fertigte zunächst für diese die Beleuchtungen der Partei durch die Gegner sehr entschieden ab, so namentlich die Behauptung, daß die Deutsche demokratische Partei im Dienste der Hochfinanz stehe. Ebenso verurteilte er die Behauptung von der Mittelstandsfreundlichkeit der Demokratischen Partei. Die Partei sei zwar grundsätzlich gegen die Sozialisierung, habe ihr aber gewisse Zugeständnisse zu machen. Sie z. B. gegen die Sozialisierung der Bergwerke nichts einzuwenden, sie mache aber Halt vor der Sozialisierung der Privatbetriebe. Der Unternehmer werde durch die Besteuerung gefaßt werden, was der Redner im einzelnen beleuchtete. Im wesentlichen einig sei man mit der Sozialdemokratie in den hauptsächlichsten, allgemein politischen Forderungen. Die Deutsche demokratische Partei stehe unerschütterlich auf dem Boden der Republik. Sie sei gegen die Wiederaufrichtung der Ersten Kamern, für Beseitigung des Kastensystems, des Zurenkastens und der Vielregiererei. Man müsse auf eine Verminderung der Beamtenschaft zu kommen. Die Beamtenschaft dürfe keinen Anspruch auf angemessene Bezahlung und auf freie politische Betätigung. Reformen des Gerichtswesens, Berufung von Frauen zu Schöffen und Geschworenen, verständliche Gesetzbücher sind weitere Forderungen der Demokratischen Partei.

Der Redner erörterte schließlich die Frage der Trennung von Staat und Kirche vom Standpunkte der Demokratischen Partei. Die Demokratische Partei wolle keine Unterdrückung, sondern eine freie Kirche, mit gesetzlich garantierter Betätigungsfreiheit. Die wirtschaftliche Existenz der Kirche soll nicht auf staatlichen Beiträgen beruhen, sondern auf dem Selbstbesteuereungsrecht. Redner streifte weiter kurz die Frage des Religionsunterrichts und beleuchtete die Stellung der Lehrerschaft zu diesen Fragen. Er schloß mit dem Hinweis darauf, daß der Weg zum Wiederaufbau des deutschen Volkes nicht zur Deutschnationalen Partei mit ihrem Ziele der Wiederaufrichtung des alten Systems, nicht zu den Sozialdemokraten führen könne, die den aus tausenden Wunden blutenden Körper Deutschlands mit einer Doktor-Elbsbar-Kur heilen wollen, sondern zur Demokratischen Partei, die den goldenen Mittelweg wandle.

Der Referent fand lebhaftesten Beifall. Er verließ darauf den Saal, um sich in eine Versammlung nach Bockau zu begeben.

**Die Aussprache.**

Von den anwesenden Sozialdemokraten ergriff zunächst Herr Richter das Wort, der eingangs gegen die Bemerkungen des Referenten über die Entstehung der Revolution polemisierte und der darauf hinwies, daß diese ihren Ursprung in dem Widerstand der Marine gegen den Plan einer Seeschlacht gehabt habe, die neue gewaltige Menschenopfer gekostet haben würde. Jedemfalls sei die Revolution nicht von einer Partei ins Welt hineingetragen worden. Die Schärfe der Waffenstillstandsbedingungen sei nicht durch die Revolution, sondern durch den Frieden von Brest-Litowsk erzeugt worden. Redner wandte sich dann gegen die Kritik an den A- und S-Karten, die als Wacht gegen die Konterrevolution tätig seien und als Sachwalter der Revolution. Der Redner behauptete dann, das kapitalistische Bürgertum habe durch seine gegenwärtige Haltung besonders gegenüber den aus dem Felde Zurückgekehrten, sehr viele in die Reihen der Spartakisten hineingetrieben und er polemisierte ferner gegen die Ausführungen des Referenten in Bezug auf den Achtstundentag und die Sozialisierung. Religion müsse Privatangelegenheit sein, die Sozialdemokraten wollten dem Volke nicht die Religion rauben. Der folgende Redner Herr Höfer wies darauf hin, daß erst die Revolution es dem Volke ermöglichte, in freien Versammlungen frei zu reden. Alle Parteien, von den Konservativen bis zu den Liberalen, seien eine einzige reaktionäre Masse. Redner wendete sich gegen die Darlegungen des Referenten Brodau über die Sozialisierung und verlangte eine gesunde Bodenreform und eine Reform des Steuerwesens. Die deutschen Liberalen hätten in dieser Beziehung verlangt, ebenso in den Fragen des Ausbaus der sozialen Gesetzgebung. Redner schloß mit der Aufforderung, am Wahltage nur den Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Herr Schultze wandte sich vornehmlich gegen die Bemerkungen des Herrn Brodau über die Arbeiterbetriebe, den Achtstundentag und die Landwirtschaft. Er verwahrte sich dagegen, daß die Arbeiterschaft den geistigen Arbeiter nicht genügend bewerte und behauptete, daß die Arbeiterschaft bisher stets der Schrittmacher für die Interessen der Privatbeamtenschaft und der unteren Staatsbeamten gewesen sei. Von bürgerlicher Seite werde versucht, die Sozialisierung zu diskreditieren, das werde aber nicht gelingen, da es sich hier um eine große Bewegung handle, die von der Sozialdemokratie schon vor 40 Jahren eingeleitet worden sei. Nach weiteren Ausführungen des Redners über die Stellung der Sozialdemokratie zur Frage der Trennung von Kirche und Staat und nach Bemerkungen gegen die Deutsche demokratische Partei schloß er mit der Erklärung, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei sei, die die Interessen der Arbeiterschaft wirksam vertritt.

Herr Oberlehrer Sch nahm die Deutsche demokratische Partei gegen die von den Diskussionsrednern erhobenen Vorwürfe in Schutz und referierte in sehr klaren Ausführungen die Darlegungen des Referenten Brodau gegenüber den Angriffen

der Diskussionsredner. Er tat dies sehr eingehend insbesondere in Bezug auf die Frage der Sozialisierung.

Der Sozialist Herr Frey behauptete gleichfalls, daß die Deutsche demokratische Partei nur ein Sammelbecken für reaktionäre Elemente sei — obwohl er die Existenz vieler ehrlicher und überzeugter Demokraten zugab — und berief sich zum Beweise dafür auf die angebliche Zugehörigkeit vieler Nationalliberaler zur Demokratischen Partei.

Diese Behauptungen wies sehr energisch und geschickt Herr Realschuloberlehrer Dost zurück, der gewissermaßen das Schlusswort hatte. Wenn die Sozialdemokratie den heutigen Demokraten die Wendung der Gesinnung zum Vorwurfe mache, so müsse er ihr entgegenhalten, daß auch sie ihre Tore weit offen halte für Leute, die nach einem Gesinnungswechsel zur Sozialdemokratie übergehen. Die Deutsche demokratische Partei sei kein Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, die Deutsche demokratische Partei betreibe auch keinen Stimmengang — Stimmen zu werben könne man seiner Partei verwehren. Die Deutsche demokratische Partei glaube an eine freie Volksrepublik, nicht aber an eine durch den Klassenkampf zerrüttete sozialistische Republik. Unter lebhaftem Beifall beendete der Redner seine Darlegungen mit einem Worte Goethes, daß die Meinungen trennen, aber die Gesinnungen verbinden.

Die Versammlung, die kurz nach 5 Uhr begonnen hatte, wurde darauf gegen 9 Uhr abends geschlossen.

Die Sicherung der Wahlen zur Nationalversammlung.

Folgender Aufsatz des sächsischen Gesamtministeriums wird in ganz Sachsen öffentlich angeschlagen: An Sachsens Volk! Die großen Parteien unseres Landes sind sich einig, daß die vom deutschen Reichstag beschlossenen Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar durchzuführen sind. Demgemäß ist es Aufgabe aller Behörden, die zur Durchführung der Wahl erforderlichen Maßnahmen zu treffen und vorzunehmen, daß jede gewalttätige Behinderung der Wahlfreiheit unterbunden wird. Die gesetzlichen Bestimmungen gehen Gewiß, daß Personen, welche die Wahl behindern würden, sich strafbar machen. Die Regierung fordert die gesamte Bevölkerung Sachsens auf, sich für die geordnete Durchführung der Wahl einzusetzen.

1. Der Religionsunterricht in der Schule. Wie wir schon gestern mitgeteilt haben, hielt Herr Lehrer Erntlich im Religionsunterricht eine Rede über den Religionsunterricht in der Schule. Der Vortragende führte ungefähr folgendes aus: Deutschland war bisher immer auf Industrie und Handel, Wissenschaft und Kunst in der Welt voran, aber es stand nicht auf derselben Höhe in seinem Handel und Wandel. Große Männer hatten schon vor Jahrzehnten darauf hingewiesen und nach Mitteln zur Besserung gesucht. Ihnen schloß sich die Lehrerschaft an, indem sie ihre erzieherischen Kräfte präsente, besonders den Religionsunterricht. Mit der Lehrerschaft ist die glänzendste, schillernde der Vortragende zündet die Kämpfe inneren Kampfe, die durch den Bekennniszwang entstehen. Er forderte gründlichere Vorbildung und Gelegenheit zur religionswissenschaftlichen Fortbildung des Lehrers, aber auch das Recht, die Erteilung des Religionsunterrichts abzulehnen zu können. Ferner legte er dar, daß der bisherige Religionsunterricht sein Gewicht durch den Einfluß der Kirche erhalten habe. Der Kirche liegt aber viel daran, die Kinder so getrig wie möglich für mündig erklären zu können. Darum verlangt sie von der Schule, die Kinder so weit zu bringen, daß sie im Alter von vierzehn Jahren ihren Glauben bekennen können. Das kann aber die Schule nicht leisten, auch der Konfirmandenunterricht nicht; denn religiöse Ueberzeugungen, um die Erwachsene noch schwer ringen müssen, können nicht das Ergebnis von Stunden sein, in denen sie besprochen werden. Kinder sind auch nicht imstande, so lange Gedanktreiben zu überstehen, wie sie die Hauptstücke des Lutherischen Katechismus darstellen. Trotzdem müssen nicht nur die fünf Hauptstücke samt Luthers Erklärungen, sondern auch zahlreiche Bibelzitate und Kirchenlieder eingeprägt werden. Die Lehrerschaft ist der Ueberzeugung, daß dieses Unauswendiglernen dem Endzweck, einen wirklichen Religiosität mehr schadet, als nützt. In der christlichen Religion hänge doch alles daran, wie man zu der Person Jesu stehe, ob sein ganzes Denken, Fühlen und Wollen auf unsere Lebensführung irgendeinen Einfluß habe oder nicht. Die Lehrerschaft möchte darum alles tun, damit das Kind etwas fähig von der Menschentum Jesu; dann ist doch der Anfang dazu da, daß sich auch einmal von seiner Seele das Bekenntnis löst: In ihm wohnt die Fülle der Gottheit lebhaftig. Etwas Höheres gibt es nicht. Die Kirche habe aber bisher kein Verständnis dafür gezeigt, welche Fesseln sie der Schule anlegte. Darum hält die Lehrerschaft die Trennung von Kirche und Schule und als Voraussetzung dazu die Trennung von Kirche und Staat für notwendig. Sie lehnt mit aller Entschiedenheit die Erteilung eines bekennnismäßigen Religionsunterrichts im Auftrag und im Beistand der Kirche ab und freut sich über den Wegfall des Katechismusunterrichts. Sie betrachtet auch jetzt noch Religion als einen wesentlichen Unterrichtsgegenstand der Volksschule, muß aber zugleich fordern, daß Preisfestsetzungen über Lehrstoff, Lehrplan und Unterrichtsform des Religionsunterrichts ausschließlich Sache der Schule werden.

1. Generalversammlung der Freiw. Feuerwehre Aus. Am Sonntagabend hielt die Freiw. Feuerwehre Aus im Bürgergarten eine Generalversammlung ab. U. a. waren Branddirektor Weichold und Ehrenmitglied W. Wolf gegen. Die Tagesordnung umfaßte acht Punkte. Hauptmann Kiesel erstattete den Jahresbericht. Er gedachte auch der auf dem Feld der Freiw. Gefallenen. Den Kasernenbericht erstattete Herr Schäfer, dem Entlastung erteilt und Dank gesagt wurde. Kammerverwalter Schäfer II erstattete den Kammerbericht, der gutgeheißen wurde. Bei den folgenden Wahlen wurde Hauptmann Kiesel einstimmig auf zwei Jahre, Herr Hauptmann Müller auf ein Jahr gewählt, ebenso wurde der bisherige Abtinent wiedergewählt. Die Wahlen der Führer ergaben: Louis Stoll, Steuergewährer; Max Schneider dessen Stellvertreter, Ernst Rönert, Rohrführer; Johannes Schmidt,

Pionierführer; Kurt Pfeiffer dessen Stellvertreter; Paul Ficker, Rohrführer. Es wurde beschlossen, am Freitag, den 17. Januar, abends 8 Uhr im Bürgergarten eine Festlichkeit zu Ehren der aus dem Felde heimgekehrten Kameraden abzuhalten. Zum Schluß dankte Branddirektor Weichold dem Gesamtvorstande für die Mithewaltung.

Verbot von Masken- und Kostümbällen. Das sächsische Ministerium des Innern erläßt folgende Bekanntmachung: Da die gegenwärtige Zeit zur Abhaltung von Masken- und Kostümbällen nicht geeignet erscheint, wird die Veranstaltung derartiger Vergnüngen für dieses Jahr verboten. Wegen Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden nicht nur die Wirte und deren Stellvertreter, sondern auch die Veranstalter, Leiter und Teilnehmer solcher Tanzvergüngen mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Das Verbot findet auch auf nichtöffentliche Bälle in Privathäusern Anwendung.

Lebensmittel für Mittwoch: Marmelade.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

„Wo die Verhe singt“. Mit diesem neuesten Erzeugnis der Peharischen Musik, einer Operette, die inhaltlich auf dem Duzendniveau der gleichen Schöpfungen der letzten Zeit steht, also nichts Besonderes bietet, während die Musik stellenweise die Meisterhand Lehars verrät, gab die Direktion Fritz Richard und Alfred Tittel am Sonntag im „Bürgergarten“ ein Gastspiel. Im Vordergrund der Aufführung standen Marga Staff, Alfred Wagner, R. Zimmermann und D. Krämling. Lobend erwähnt werden muß auch Kapellmeister Wapreuter. Die Aufführung fand vielen Beifall.

Neudiesel, 13. Januar. Bei der am Montag hier zweifach aufgestellten einer Vorschlagsliste zur Gemeindevorstandswahl Freitagabends Gemeindevorstandswahl wurden in Vorschlag gebracht: Eno Lauterbach, Buchbinder; Ernst Wöhme, Fabrikarbeiter; Anton Georgi, Metallschneider; Max Fehlein, Fabrikarbeiter; Paul Grimm, Landwirt und Ernst Fierold, Gast- und Landwirt. Da keine Gegenliste aufgestellt ist, werden somit die Genannten als Gemeindevorstandswahl gewählt.

Schwarzberg, 13. Januar. Der angewählte Stadtrat Kurtich wurde zum ersten und Stadtrat Fiedler zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister gewählt.

Zwickau, 13. Januar. Bei den Anzügen am Sonntag gelegentlich der Vertreibung der Spartakisten aus dem Hause des „Schiff-Vollzugs“. Sind acht Personen verhaftet und der Bergmann Wunderlich aus Zwickau gestrichelt worden. 18 Spartakisten wurden verhaftet. Die Zwickauer Garnison erklärte sich gegen die Spartakisten und hat den stehenden U. und S.-Rat wegen seiner Haltung aufgelöst.

Leipzig, 13. Januar. Am Sonnabend verlor der vormalige Polizeidirektor der Stadt Leipzig Richard Wetzschneider. Mit ihm ist einer der wenigen dahingegangen, die dem Räte der Stadt schon angehört, als noch nicht das heutige Groß-Leipzig bestand. Er verwaltete das Amt bis 1900.

Vermischtes.

Große Kälte in Amerika. Die „Vaseler Nachrichten“ melden aus New York: In den Vereinigten Staaten herrscht seit 48 Stunden eine ungeheure Kälte. Die Kältewelle hat mit Ausnahme der Ostküste das ganze Land erreicht. Die Temperatur schwankt bis 30 Grad unter Null. Große Schneestürme sind in verschiedenen Landesteilen erfolgt.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Vorgänge in Berlin.

Berlin, 13. Januar. Seit Einbruch der Dunkelheit wurde es im Zeitungsviertel wieder unruhig und in den späteren Abendstunden, insbesondere zwischen 10 und 11 Uhr, war das Schießen ziemlich heftig. Wie man hört, sind in den Bodenräumen einiger Häuser immer noch Reste der Spartakisten verbleiben, die in der Nacht auf die Dächer steigen und von dort aus die Schugwachen der Zeitungsgebäude beschießen.

Eisenbahnerstreik in Berlin.

Berlin, 13. Januar. Ueber die Streikbewegung der Eisenbahner in Berlin, die gestern eine Massenversammlung auf dem Tempelhofer Feld abhielten, wird übereinstimmend berichtet, es sei ganz klar, daß es sich um einen politischen Streik handle, der, von Spartakisten angezettelt, dazu dienen solle, die Unordnung und Unruhe zu vergrößern und Truppenverchiebungen zu verhindern. Der Eisenbahndirektionspräsident erklärte, nicht um einen Vohrstreik handle es sich; die Streikenden sollten die Regierung zur Abdankung zwingen. Er erwartete, daß morgen der größte Teil der Streikenden den Dienst wieder aufnehmen werde. Der Verkehr müsse unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Seine Verhandlungen seien im Gange und er werde, wenn es not tue, auf einen starken militärischen Schutz rechnen können.

Streik in rheinisch-westfäl. Grubengebiete.

Berlin, 13. Januar. Ueber den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, welcher in unveränderter Weise andauert, wird berichtet, die Zahl der Streikenden habe sich gestern auf rund 40000 belaufen. Auf einer Anzahl von Zechen hätten die Bergleute gestern die Arbeit wieder aufgenommen. Die betreffenden Zechen seien aber durch Gruppen von Spartakisten, die einen Demonstrationstreik erzwingen wollten, wieder stillgelegt worden.

Die Nationalwahlen in München.

Berlin, 13. Januar. Ueber die Wahlen zur Bayerischen Landesversammlung in München-Stadt und Land berichtet die Volkske Zeitung: Die sozialdemokratische Partei erzielte 103 737 Stimmen, die Deutsche demokratische Partei 85 189, die bayerische Volkspartei (Zentrum und Volkspartei) 88 051, die unabhängige sozialdemokratische Partei 14 517, die Nationalliberalen 4503. (Siehe auch den Artikel: Zur inneren Lage in der heutigen Nummer unseres Blattes.)

München, 14. Januar. (Tele. Telegr.) Die Ergebnisse der Wahlen lösten auf die bayerische Volkspartei 85 Abgeordnete, auf die sozialdemokratische Partei 80 Abgeordnete, auf die Deutsche Volkspartei 22, auf den bayerischen Bauernbund 18, auf die Nationalliberalen 7 und auf die Unabhängigen 4 Abgeordnete entfallen.

Bremen für die Nationalversammlung.

Bremen, 13. Januar. (Tele. Telegr.) Der Direktor und Soldatenrat hat mit 101 gegen 88 Stimmen die Beteiligung Bremens an der Nationalversammlung

beschlossen. (Bekanntlich herrschen in Bremen jetzt die Kommunisten. Die Red.)

Eine Verwahrung Deutschlands gegen feindliche Vergewaltigung.

Berlin, 13. Januar. Die deutsche Regierung hat heute durch die Waffenstillstandskommission in Spa den Vertretern der Entente über die schwebenden Finanzfragen eine Note überreichen lassen, in welcher es u. a. heißt: Bei den in Mainz über die Anwendung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages stattgehabten Verhandlungen hat der Finanzkommissar der Alliierten eine Note übergeben, welche das G. B. G. H. M. A. H. dessen vorstellt, was Deutschland seit Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet worden ist. Es werden darin ersichtlich sachlicher Beziehung Forderungen gestellt, welche in keinem Zusammenhang mehr gebracht werden können zu dem Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrages, wonach die Werte, welche die Alliierten als Sicherheit für Entschädigungsansprüche dienen könnten, ihnen nicht entzogen werden sollen. Die Forderungen der Entente können lediglich vielmehr dazu dienen, eine finanzielle Sklaverei Deutschlands der Entente gegenüber zu statuieren. Es wird darin in die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingegriffen und zwangsweise ein Auslandsmoratorium Deutschlands herbeigeführt; zum Beispiel wird jeder Ausgang fremder Werte ins Ausland von der Genehmigung der Finanzkommissare abhängig gemacht und der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten nach Deutschland soll künftig von den Alliierten bestimmt werden. Die deutsche Regierung legt hiermit gegen diese Note nachdrücklichste und ernsteste Verwahrung ein, sie erklärt, daß sie außerstande ist, die Note anzunehmen. Die deutsche Regierung gibt der bestimmtesten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die Alliierten in der Ausführung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages einen Weg finden werden, welchem sie folgen die Würde Deutschlands gestatte. Am Schluß der Note heißt es: Im Vertrauen auf die Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November haben in Deutschland Helmut und Herr einen weiteren Kampf als unnötig angesehen und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die alliierten und assoziierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinausziehen und den Waffenstillstand als ein Instrument zu vorheriger wirtschaftlicher Erdrosselung Deutschlands handhaben, ihrer in einem der festersten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegenhandeln, so erscheint ein solches Vorgehen dem deutschen Volk als außerhalb jedes menschlichen Verständnisses und göttlichen Rechts stehend, das jedes Gefühl für eine Verletzung der Völker erlöschn läßt, und für das es kein Verzeihen und Vergessen gäbe.

Das selbständige Tirol.

Innsbruck, 13. Januar. Der gestern auf Veranlassung der Tiroler Volkspartei hier abgehaltene Bauerntag nahm eine Entschlieung an, welche besagt, daß mit Wegfall der Dynastie alle rechtlichen Bande, welche Tirol mit den übrigen Ländern Oesterreichs verbunden, endgültig gelöst sind, und mithin Tirol ein völlig selbständiger Freistaat geworden ist. Das Land besteht daher auf dem uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht.

Wagen in den Händen der Volksgewissen.

Berlin, 13. Januar. Nach einer Meldung der Volkspartei mußten die deutschen Truppen sich vor den feindlichen Volksgewissen auf Wagn zurückziehen. Die deutschen Truppen sind durch die Volksgewissen gefährdet.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.

Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 Uhr Vestunde mit anschl. Abendmahlsfeier: Pastor Kunde. Der Kirchenbote kann ab Mittwochvormittag auf der Expedition abgeholt werden. — Donnerstag, den 16. Januar, in Kuechhammer abends 8 Uhr Vestunde: Pastor Kunde.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Seibmann. Druck und Verlag: Auer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Fleischverteilung.

Für die Woche vom 20. bis 26. Januar 1919 wird das Fleisch bereits Mittwoch, den 13. Januar, unter Bestätigung der Vorausbestellung der vom 20. bis 26. Januar gültigen Fleischmarkte V verteilt werden. Auf den Kopf der vollkartenberechtigten Person kommen 180 g Fleisch zur Verteilung.

Schwarzberg, am 13. Januar 1919. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzberg. Dr. Zimmerer. Der U. u. S.-Rat der Amtshauptmannschaft Schwarzberg. Kurck.

Aue. Pferdefleischverkauf.

Abchnitt A der Pferdefleischarten Nr. 4088 — 6187 wird Mittwoch, den 13. Januar 1919, vorm. 9—12 Uhr, und Abchnitt G Nr. 6188 — 7687 nachm. 2—6 Uhr mit je 1/4 Pf. befreit. Die vorstehenden Felten sind genau einzuhalten. Spätere Befreiung der vorstehenden Nummern und Abchnitte ist ausgeschlossen. Die Höchstpreise für das Pferdefleisch sind: für 1 Pfund Rendenfleisch, Aboer, Bräschwurst oder Fett 1,80 Mk. für 1 Pfund Rindfleisch, ausgenommen Rendenfleisch ohne Knochen 1,60 Mk. für 1 Pfund Herz und Eingeweide, Kopffleisch und andere geringere Sorten Fleisch, ausgenommen Aboer 1,40 Mk. für 1 Pfund Knochen 0,20 Mk. Aue, den 14. Januar 1919. Der Rat der Stadt.

**Wahlvorschläge der Parteien im 30. Kreis für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.**

Zu den am Sonntag, den 19. Januar, stattfindenden Nationalversammlungswahlen sind von den Parteien folgende Wahlvorschläge, die nach der Zeit ihres Einganges in meine Geschäftsstelle angekommen sind, eingegangen:

- Sozialdemokratische Partei:**
1. Koste, Gustav, Ehearzt, Chemnitz, Weststr. 118.
  2. Meiss, Richard, Parteisekretär, Zwickau, Hohenzollernstr. 85.
  3. Schöpfel, Georg, Redakteur, Berlin N 65, Seestr. 23.
  4. Städtler, Daniel, Schriftföhrer, Berlin-Steglitz, Lendachstr. 6a.
  5. Kollendats, Hermann, Stadtrat, Berlin-Schöneberg, Feuerstr. 80.
  6. Schilling, Minna, Hausfrau, Döbeln, Gartenstr. 5.
  7. Kühle, Paul, Arbeitssekretär, Plauen, Cunoldstr. 40.
  8. Jungnickel, Max, Parteisekretär, Annaberg, Große Sommerleite 12.
  9. Rannacher, Oswald, Geschäftsföhrer, Rebesgrün i. B., 45 b.
  10. Seidt, Max, Gewerkschaftsbeamter, Chemnitz, Gravelottestr. 22.
  11. Casan, Ernst, Materialwarenhändler, Chemnitz, Schöffnerstr. 14.
  12. Wagner, Helene, Hausfrau, Chemnitz, Holbeinstr. 44.

- Deutsche Demokratische Partei:**
1. Richter Alfred Brodauf, Chemnitz, Zietenstr. 99.
  2. Schulze Dr. Richard Senfert, Zschopau.
  3. Kaufmann Oscar Günther, Plauen i. B., Lühowstr. 51.
  4. Oberpfarrer Paul W. G. Ende, Lichtenstein-Callenberg.
  5. Frau Eugenie Schumann, Rechtsanwältsgattin, Plauen i. B.
  6. Werkföhrer Franzhardt, Crimmitschau, Sophienstr. 4.
  7. Land- und Gastwirt Herr. Matthäi, Lauenstein b. Mittweida.
  8. Rechtsanwalt Justizrat Richard Raabe, Aue i. E.
  9. Obertelegraphen-Sekretär Arthur Briß, Zwickau i. S., Moritzstr. 11.

10. Tischlerobermeister Paul Herrm. Klemm, Chemnitz, Kuhre Klosterr. 32.
11. Fabrikant Wilhelm Otto Kende, Frankenberg i. S.
12. Frau Clara verw. Crüwell, Annaberg i. E., Buchholzer Straße 14.

- Unabhängige sozialdemokratische Partei:**
1. Jäckel, Hermann, Gewerkschaftsbeamter, Altglienicke bei Berlin, Gartenstadtstr. 27.
  2. Sachs, Hugo, Gewerkschaftsbeamter, Chemnitz, Lindbacher Straße 67.
  3. Fiedler, Emil, Expedient, Crimmitschau, Ritterstr. 22.
  4. Vuchta, Friz, Redakteur, Plauen, Parkstr. 13.
  5. Pöhlmann, Karl, Gewerkschaftsbeamter, Falkenstein, Goethestr. 6.
  6. Rothe, Martha, Hausfrau, Crimmitschau, Mauch. Chaus. 31.
  7. Dressel, Hugo, Gewerkschaftsbeamter, Plauen, Rennaustr. 12.
  8. Zöblich, Hedwig, Hausfrau, Plauen, Morgenbergr. 51.

- Christlich-DEMOKRATISCHE Volkspartei (Zentrum):**
1. Rothe, Curt, Rechtsanwalt, Chemnitz, Theaterstr. 80 II.
  2. Scholz, Joseph, Fabrikföhrer, Chemnitz, Lutherstr. 24.
  3. Albrecht, Georg, Lehrer, Zwickau, Bismarckstr. 17.
  4. Dr. med. Glah, Julius, praktischer Arzt, Wildenan i. E., 24 a.
  5. Jäckel, Emil, Gerichtsföhrer a. D., Plauen i. B., Reiznerstr. 38.
  6. Albrecht, Ida, Textilarbeiterin, Plauen i. B., Blumenstraße 36 a.
  7. Bothe, Richard, Forstmeister, Reudorf i. E., Nr. 152.
  8. Hoffmann, Friedr., Schneidermeister, Chemnitz, Salzstr. 20.
  9. Puff, Georg, Bergarbeiter, Zwickau, Kurze Straße 10.
  10. Dittert, Paul, Handlungsgehilfe, Chemnitz, Poststr. 21.
  11. Frau Seeg, Maria, Chemnitz, Kanzlerstr. 48.
  12. Nachtmann, Lorenz, Bergarbeiter, Zwickau, Nicolaistr. 6.

- Deutschnationale Volkspartei.**
1. Biener, Franz, Vöderobermeister, Chemnitz, Heinrich-Weid. Straße 51.

2. Dr. Barth, Staatsanwalt, Stadta., Zwickau, Reichstr. 19.
3. Pegoib, Carl, Rittergutsbesitzer, Rittergut Rehschau.
4. Danisch, Alois, Ehefrau, Annaberg, Kleine Kirchgasse 23.
5. Geh. Kommerzienrat Guldens, Wilhelm, Fabrikant, Chemnitz, Stollberger Str. 30.
6. Fr. Bräuer, Elise, Oberlehrerin, Chemnitz, Barbarossastr. 7.
7. Heymann, Theodor, Lehngerichtsbeföhrer, Großhobersdorf.
8. Kommerzienrat C. A. Vieß, Emil, Fabrikdirektor, Adorf i. B.
9. Thiele, Johannes, Fabrikant, Plauen, Döbenaue Str. 127.
10. Dahn, Richard, Oberforstmeister, Geh. Forstrat, Schwarzenberg, Schloßstr. 17.
11. Gräfe, Camillo, Wärrer, Krensfeld.
12. Reithold, Arno, Gutbesitzer, Tettau (Bez. Chemnitz).

Die Vorschläge werden hiermit öffentlich bekanntgegeben. Der gemäß § 22 des Reichswahlgesetzes gebildete Wahlausschuss hat sämtliche Vorschläge, da sie den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, zugelassen. Der Verträuensmann eines jeden Wahlvorschlags hat von der Zulassung schriftlich Kenntnis erhalten. Eine Aenderung oder Rüdnahme der Wahlvorschläge ist nicht mehr zulässig.

Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einen einzigen der vorstehend bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnehmen sein. Das Entnehmen von Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen hat die Ungültigkeit des Stimmzettels zur Folge. Die Hinzunahme von Personen, die auf keinem Wahlvorschlag stehen, ist unwirksam. Sind auf einem Stimmzettel ausschließlich solche Personen, die auf keinem Wahlvorschlag stehen, benannt, so ist dieser Zettel ungültig. Es genügt, daß auch nur ein Name aus einem Wahlvorschlag genannt wird.

Die Deutschnationale Volkspartei und die Christlich-demokratische Volkspartei haben ihre Vorschläge für verbunden erklärt. Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag. Eine Rüdnahme der Verbindung ist nunmehr unzulässig.

Chemnitz, den 12. Januar 1919.  
Der Wahlkommissar für den 30. Kreis.  
Stadtrat Dr. Härtwig.

# Was ist Demokratie?

- Demokratie** bedeutet, daß der Staat vom ganzen Volke geleitet wird, von Männern und Frauen, von Alten und Jungen.
  - Demokratie** bedeutet, daß alle männlichen und weiblichen Staatsbürger gleiches Recht haben ohne Unterschied der Konfession, des Besitzes, der Bildung und des Berufes.
  - Demokratie** bedeutet, daß alle Gesetze und Verordnungen gegenüber allen Staatsbürgern auf gleich Weise ausgeführt werden.
  - Demokratie** bedeutet, daß der gemeinsame Nutzen höher stehen muß, als jeder Privatvorteil.
- Eine solche Demokratie soll aus der Deutschen Republik gemacht werden. Das ist die Absicht der Deutschen demokratischen Partei.

**Auf! Erzgebirgische Männer und Frauen.** Schart Euch um das Banner der **Deutschen demokratischen Partei.**

Werbt und wirkt für Riste Brodauf!

Werbt und wirkt für Riste Brodauf!

**Bodau. Bodau.**  
**Deutschnationale Volkspartei.**  
Mittwoch, den 15. Januar, abends 1/2 8 Uhr  
**öffentliche Wählerversammlung**  
im Gasthof zur Linde.  
Vortrag von Pfarrer Linde aus Schönau.  
Der Einberufer.

**Apollo-Lichtspiele.**  
In Vorbereitung:  
**Das Dreimäderhaus**  
Vorverkaufskarten sind heute Dienstag und Mittwoch an der Theaterkasse zu haben.

**Zahnpraxis Dentist Beyer.**  
Bahnhofstr. 11, Fernr. 122. Wochentags von 9-12 und 2-6. Sonntags nur bei Anmeldung.  
Beliebt wird für die Wärrerei **zuverlässiger, grundehrlicher Mann** der bereits in der Wärrerei tätig war.  
**Erste Auer Dampf-Wärrerei, Aue.**  
Stelle Otern 1919  
**2 od. 3 Korbmacherlehrlinge**  
ein. Ausführliche Angebote nur schriftlich an **Wag Joh. Gerstner, Aue i. S.**

**Radfahrerverein 1 Aue v. 1898**  
Der Verein wird höchlichst gebeten, über den Vereinskrank verfügen zu wollen, da ich das Vereinszimmer, in welchem der Krank untergebracht ist, zu anderen Zwecken benötige.  
Hochachtungsvoll  
**Restaurant „Wettnerhof“.**  
Wirt: Franz Hammann.

**Darlehen** auf Möb., Hausstand Wechsel, Schuldsch. usw. schnellst. durch **Härtel, Aue, Ernst-Papst-Str. 33, I.** (Ratenrückz. gest. Reell. Diskr.)  
Stets vorrätig und in Arbeit ca. 2000  
**Ringschmiedlager** ca. 2000  
**Riemenscheiben** Holz und Eisen sowie alle sonstigen Tischwerkzeuge.  
**Hofmann & Sohn,** Maschinenschmied  
Lößnitz - Dittersdorf, Fernsprecher Amt Aue 399.

In der Nähe des Bahnhofes Aue oder Schwarzenberg  
**Lage! Baum od. Fabrikgebäude**  
zu mieten oder zu kaufen gesucht. Gleichzeitig wird auch eine in obige Privatwohnung oder Wohnhaus gesucht. Offerten erbeten unter **L. K. 5030 an Rudolf Mosse, Leipzig.**

**Haararbeiten**  
Jeder Art fertigen von einfachster bis feinsten Ausarbeitung  
**Stern & Gauger**  
Zöpfe u. Perückenfabrik, Aue  
Wettnerstr. 48 am Bestenplatz  
Besondere günstige Abrechnungsstelle für Kongressler

**Wiederverkäufer für prima Rohwurst**  
gesucht. Angeb. unt. A. T. 330 an das Auer Tageblatt.

**Zu kaufen gesucht**  
ca. 3 Tische, ca. 20-30 cm, 20 Stühle oder Stühle, 1 großer oder 2 kleine **Werkzeugkasten.**  
Angeb. mit Preisangabe unter **H. T. 322 an d. Auer Tagebl.**  
Staubsaugender Beamter nicht

**Berkaufe:**  
Schreibstisch mit Umbau, fast neu 250.— Wrt.  
Silbermantel (Eisba- und Regenanter) 120.— Wrt.  
Regenanter, wasserfest 145.— Wrt.  
1 Paar große **Werkzeugkasten** m. Werkzeugen 80.— Wrt.  
Gut eingepolter, fast neue **Wasser**, geräuschlos  
Antiquar. (Wert 200 Wrt.) 150.— Wrt.  
**Wanduhren**, fast neu 52.— Wrt.  
**Schwarzenberger Straße 25, part. 5.**

**Umfärben**  
von farbigen Uniformen in schwarz, marineblau, braun, sowie anderer Stoffe in allen Farben übernimmt bei schneller und preiswerter Bedienung die **Färberei Hugo Höder**  
Lichtenk.-G. i. S.

**junger ehrl. Mann**  
gesucht, der schöne Sanktbeil besitzt und sicher im Rechnen sowie im Verkauf ist. Angeb. mit Wohnansprache, Eintrittsbedingung u. Referenzen erbet. unt. **W. T. 322 an d. Auer Tagebl.**  
Anfolge Bekämpfung unehrl. Wärrerei lüde ich zum sofortigen Austritt ein ehrl. Wärrer, Heiliger und **zuverlässiges Mädchen**  
für Küche und Haus. Angebote unter **H. T. 337** an die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes erbeten.  
Für Freitag oder Sonnabend eine **Scheuerfrau gesucht.**  
**Viktoria-Hotel.**

**Tischler- und Holzbildhauer-Werkzeuge**  
zu kaufen gesucht. Angeb. unt. **H. T. 321 an d. Auer Tageblatt.**

**möbl. Zimmer**  
ohne Kost. Zimmer mit Mauerbezug. Angebote unter **H. T. 345** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

**Badentafel**  
zu kaufen gesucht.  
**Wag Baumhau,**  
Bahnhofstr. 21.

**Einjäh. möbl. Zimmer**  
in Niederlehna ob. Umg. zu mieten gesucht. Ang. u. **H. T. 331** an d. Auer Tagebl.

**Ehepaar sucht möbliert. Wohnung**  
mögl. mit Küchenbenutzung. Angebote unter **H. T. 330** an das Auer Tageblatt erb.

**Selten günst. Gelegenheit!**  
Ein **Gasthaus** in der Umgebung von Zwickau in günstiger Lage gelegen, mit Coal, Brennholz, Kegelbahn und schönem großen Garten, ist unter günst. Bedingungen — erblich übertragbar — zu verkaufen. Bester Preis 60 000 Mark bei ca. 1-10 000 Mark Anzahlung. Interessenten wollen sich unter **H. T. 319** an die Geschäftsstelle des Blattes wenden.

Handwritten notes and small advertisements on the right margin, including names like 'Herrn...', 'Frau...', and various short notices.